



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Wohngelderhöhung kommt endlich

Berlin/Viernheim, Juni - Anlässlich der Einigung im Vermittlungsausschuss erklärt die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD):

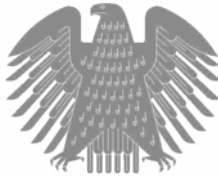
„Die Einigung im Vermittlungsausschuss auf eine neue Lastenteilung bei den Grundsicherungsausgaben macht den Weg frei für die Anpassung des Wohngeldes.

Ab 1. Januar 2009 können sich die Wohngeldempfänger auch im Kreis Bergstraße freuen. Die Wohngeldleistungen steigen um rund 60 Prozent. Wer heute etwa 90 Euro monatlich bekommt, wird künftig gut 140 Euro erhalten. Betroffen sind 800.000 Haushalte bundesweit, davon 300.000 Rentnerhaushalte. Insgesamt profitieren auch mehr neue Wohngeldempfänger, darunter 150.000 Kinder von einem Wechsel aus dem Arbeitslosengeld II in das vorrangige Wohngeld und dem Kinderzuschlag. Wir reagieren damit auf die seit der Wohngeldreform 2001 durchschnittlichen Mietsteigerungen von acht Prozent.

Im Kreis Bergstraße profitieren davon rund 1.100 Haushalte. Für diese Menschen ist das eine konkrete Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Die Anpassung ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Seit sieben Jahren ist das Wohngeld unverändert. Mieten, Lebenshaltungskosten und Energiepreise sind in dieser Zeit teilweise stark gestiegen. Nun werden die Betroffenen - vor allem Rentner und Bedürftige, die keine SGB II-Leistungen beziehen - entlastet. Besonders profitieren werden Familien.

Dass der Bundesrat seine Zustimmung zur Wohngeldanhebung von der Neuregelung der Lastenverteilung bei der



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Grundsicherung abhängig gemacht hat, ist und bleibt unverstänlich und für die Betroffenen eine Zumutung. Gut ist, dass das Vermittlungsverfahren nun schnell abgeschlossen werden konnte. Damit ist sichergestellt, dass die Anhebung des Wohngeldes wirklich zum 1. Januar 2008 kommen wird.

Klar ist: Wir lassen die bedürftigen Menschen mit steigenden Wohnkosten nicht alleine“.